Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 1

Artikel: Arbeiter und Bauer
Autor: Weber, Max
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333797

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aufgaben lösen, wie Finanzreform, wie konstruktive Arbeitsbeschaffung (und nicht nur militärische), wie geistige und kulturelle Selbstbehauptung, kann nur ein einiges und geschlossenes Schweizervolk, wobei alle Stände, alle Klassen und alle Volksschichten in gleicher Weise mitwirken und die Verantwortung mittragen müssen.

Die bevorstehenden Nationalratswahlen werden keine Umwälzungen in der politischen Lage unseres Landes bringen. Wir Sozialdemokraten machen Politik auf lange Sicht. Die Zukunft, die nahe Zukunft, ist unser.

Arbeiter und Bauer

Von Dr. Max Weber.

Die soziale Schichtung in der Schweiz.

So sehr wir unser Volk zu kennen glauben, sind wir uns nicht immer genügend bewußt, wie groß die verschiedenen sozialen Schichten im Verhältnis zueinander sind. Hierüber gibt die letzte Berufszählung von 1930 folgenden Aufschluß (wir beschränken uns auf die Zahlen der männlichen Erwerbstätigen, da nur diese als Stimmberechtigte in Betracht kommen):

Zahl der männlichen Erwerbstätigen

	Selbständige	Leitende Angestellte	Übrige Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge	Total
Urproduktion	177 590	558	2 756	186 782	1 755	369 441
Industrie	96 725	11 865	55 651	426 048	47 782	638 071
Handel	35 646	9 326	43 236	28 195	6 400	122 803
Gastgewerbe	12 326	629	2 942	14 228	867	30 992
Verkehr	4 240	1 627	23 130	47 279	1 210	77 486
Öffentl. Verw., Lib. Berufe	12 880	14 066	32 028	8 635	1 007	68 616
Hauswirtschaft	8	—	67	8 616	—	8 691
In Anstalten	207	2 701	1 416	10 611	323	15 258
	339 622	40 772	161 226	730 394	59 344	1 331 358

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie zwar sehr groß ist, aber noch nicht einmal ganz die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmacht. Die *Industriebevölkerung* (mit Einschluß der selbständig Erwerbenden) bildet für sich allein noch *keine Mehrheit.* Wenn wir die Gliederung nach der sozialen Stellung betrachten, so scheint zwar die Zahl der Arbeiter mit 730000 die Mehrheit aller männlichen Erwerbstätigen darzustellen. Darin inbegriffen sind aber 187000 »Arbeiter« der Urproduktion. Das sind in Wirklichkeit keine unselbständig erwerbenden Arbeiter, sondern zum überwiegenden Teil Bauernsöhne, die im väterlichen oder in einem fremden Betrieb als unselbständig Erwerbende vorübergehend tätig sind, in Wirklichkeit aber die soziale Stellung und namentlich die Einstellung

von selbständig erwerbenden Bauern haben. Ziehen wir diese ab, so sinkt die Zahl der Arbeiter auf etwa 550000 oder nur 41 Prozent aller Erwerbstätigen. Auf der andern Seite wäre die Zahl der Selbständigen entsprechend zu erhöhen, auf mehr als eine halbe Million.

Die zwei bedeutendsten Wirtschaftsgruppen in unserem Lande sind somit nach der wirtschaftlichen Gliederung die *Industrie-* und die *landwirtschaftliche Bevölkerung,* und nach der sozialen Schichtung die *Arbeiter* und die *selbständig Erwerbenden.* Allerdings kann man wenigstens einen Teil der Angestellten zur Arbeiterschaft hinzurechnen, da sie ihr ideologisch verwandt sind. Aber eben nur einen Teil; der andere Teil, namentlich die obern Angestellten, steht in seiner Mentalität den Selbständigen näher.

Die Schlußfolgerung aus diesen rein zahlenmäßigen Überlegungen lautet: Wer in der Schweiz demokratische Politik machen will, muß sich klar sein, daß er auf die Dauer *weder gegen die Arbeiter noch gegen die Bauern* regieren kann. Positiv ausgedrückt heißt das: Um bestimmte Ziele auf demokratischem Wege zu erreichen, müssen die Arbeiter und die Bauern dafür gewonnen werden oder es muß zum mindesten einer dieser Teile einer Forderung, die der andere Teil verficht, in wohlwollender Neutralität gegenüberstehen.

In der heutigen Zeit können wir es erst recht nicht darauf ankommen lassen, mit wenig mehr als 50 Prozent der Stimmenden etwas durchzusetzen, sondern wir brauchen eine *starke Demokratie,* nicht stark im autoritären Sinne, also nicht so sehr eine »starke Regierung«, sondern *eine in den breiten Volksmassen verankerte Politik.* Das ist die beste Voraussetzung für die Sicherung der Demokratie.

Die natürlichen Gegensätze,

die einem Zusammengehen von Arbeitern und Bauern im Wege stehen, scheinen in erster Linie in der Kollision der *wirtschaftlichen Interessen* zu liegen. Das Einkommen des Bauern wird durch die Preise bestimmt, die der Arbeiter bezahlt, und seine Unkosten werden beeinflußt durch die Höhe der Arbeitslöhne. Der Bauer möchte somit hohe Preise und niedrige Löhne, und der Arbeiter glaubt, er sei an der umgekehrten Forderung interessiert.

Doch dieser Gegensatz muß nicht notwendigerweise bestehen, denn im Grund genommen hat der Landwirt von guten Löhnen Vorteile zu erwarten, da diese die Absatzmöglichkeiten für seine Produkte verbessern; anderseits ist die Kaufkraft der Landwirtschaft, die insbesondere von der Preislage abhängt, von großem Einfluß auf den Gang der Inlandindustrie. Es ist nur eine Frage der Aufklärung und der gegenseitigen Einstellung, ob an die Stelle der Interessengegensätze die Einsicht vom gegenseitigen »Aufeinander-angewiesen-Sein« gesetzt werden kann.

Fast noch ernster waren bis vor kurzem die *ideologischen Hindernisse,* die einer Verständigung im Wege standen. Sie gehen auf natürliche Ursachen zurück. Der Bauer ist an die Scholle gebunden, und sein Schicksal wird täglich durch die Natur bestimmt. Daher ist er schwer

beweglich, konservativ, religiös. Der Arbeiter dagegen ist häufig entwurzelt und wird von einem Ort zum andern verschlagen. Er ist deshalb geistig leichter beweglich und politisch radikaler eingestellt; auch sein internationales Denken hängt damit zusammen.

Dazu kommen nun aber auch Auffassungen, die durch bestimmte Theorien verbreitet wurden. Sozialismus wurde lange Zeit mit Staatssozialismus fast gleichgestellt. Dadurch entstand ein schroffer Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und den selbständig Erwerbenden, die sich durch die Verstaatlichung in ihrer Existenz und in ihrer Freiheit bedroht glauben. Hätte die Arbeiterbewegung mehr Gewicht gelegt auf die Ersetzung kapitalistischer Wirtschaftsformen durch genossenschaftliche, so wäre der Weg zur Verständigung mit dem Bauerntum weniger verbarrikadiert worden. Hier ist in der letzten Zeit eine gewisse Wandlung erfolgt, indem der Staatskapitalismus faschistischer Färbung auch dem Arbeiter die Gefahren einer einseitigen staatswirtschaftlichen Entwicklung zeigt. Die Sozialdemokratie hat sich außerdem aus politischer Einsicht mit dem Problem des Mittelstandsschutzes befaßt.

Gemeinsame Berührungspunkte

sind indessen nicht weniger zahlreich als die Gegensätze. Der größte Teil der Arbeiterbevölkerung stammt vom Lande, wenn nicht in der letzten, so doch in der vorletzten Generation. Die Mehrheit der Industriearbeiter wohnt auch heute noch in Landgemeinden. Die Fühlungnahme mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung und das Verständnis für deren Nöte ist deshalb vorhanden. Anderseits sind viele Bauernsöhne und -töchter in der Industrie beschäftigt, so daß auch den Landwirten die Sorgen des Arbeiters nicht unbekannt sind.

Arbeiter und Bauer leben von ihrer Arbeit. Sie sind interessiert an einem möglichst hohen Ertrag der Arbeit und am Schutze vor der Ausbeutung durch das Kapital. Die Abhängigkeit vom Kapital und vom Kapitalbesitzer ist beim Bauer oft noch größer oder unmittelbarer fühlbar als beim Arbeiter. Dennoch ist die Einstellung zum Kapitalproblem nicht dieselbe. Der Bauer ist nicht eigentlich kapitalfeindlich, weil er selbst Kapital braucht und auch meistens gewisse Ersparnisse besitzt, die er im eigenen Betriebe verwendet. Er ist aber gegen das Großkapital eingestellt; er lehnt die Vorherrschaft des Besitzes ab. Freilich muß hier unterschieden werden zwischen dem Landwirt, der wirklich von seinem Arbeitsverdienst lebt, und demjenigen, dessen Zinseinkommen nahezu so groß oder größer ist als der Arbeitsertrag. Da diese Bauern in einigen Gegenden der Schweiz nicht selten sind, und da auch bei den wenig begüterten Bauern die Besitzesinteressen durch eine gewisse Presse und Politik stets sorgfältig gefördert werden, war es so leicht, die Bauern für eine kapitalistisch orientierte Politik einzuspannen.

Bisherige Fühlungnahme.

Ein zeitweiliges Zusammengehen von Arbeitern und Bauern hat es auch früher schon hie und da gegeben. Immerhin hat die politische Entwicklung schon vor dem Kriege diese beiden wichtigen Volksteile aus-

einandergebracht. Die Kluft wurde systematisch vergrößert durch die Politik großkapitalistischer Kreise, die die Bauernschaft durch Versprechungen und auch durch reiche Konzessionen vor ihren Wagen spannen und sie zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung mißbrauchen konnten. Da die Konzessionen gewöhnlich von der Arbeiterschaft bezahlt werden mußten, gelang die Verbreiterung des Grabens um so besser. »Teile und herrsche« war das Prinzip der herrschenden Klasse in den letzten Jahrzehnten, wobei Institutionen wie die Schweizer Mittelpresse eine maßgebende Rolle spielten.

Arbeiter und Bauern wurden sich ihrer gemeinsamen Interessen im Laufe der großen Krise von 1931 an allmählich bewußt. Immer mehr empfanden sie es als unwürdig, daß sie sich zum Nutzen des Großkapitals gegenseitig bekämpfen. Es kam zum Zusammengehen im Kampfe gegen die Abbaupolitik. Ohne Mithilfe von Teilen der Bauernbevölkerung wäre das Lohnabbaugesetz am 28. Mai 1933 kaum verworfen worden. Und die Unterstützung durch die Bauern wäre nicht erfolgt, wenn nicht schon vorher die Arbeiterbewegung den Kampf nicht nur gegen den Lohnabbau, sondern auch gegen den Preisabbau aufgenommen hätte (vor allem im Aktionsprogramm der Arbeitnehmerverbände von 1932).

Aber auch die drohenden politischen Gefahren führten die beiden Gruppen zusammen. Als anfangs Herbst 1933 der Aufruf der »Nation« erschien zur Sammlung aller demokratisch Gesinnten, unterzeichneten neben Sozialdemokraten, Demokraten, Gewerkschaftern auch mehrere tapfere Vertreter aus Bauernkreisen. Im folgenden Jahre kam es zur ersten organisatorischen Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Kriseninitiative und beim Abstimmungskampf im Jahre 1935.

Die Verbindung durfte aber nicht mehr abgebrochen werden. Deshalb wurden ein Jahr später die »*Richtlinien* für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie« aufgestellt, die erstmals eine gemeinsame programmatische Grundlage für Arbeiter- und Bauernorganisationen darstellen. Aus diesem Programm der Richtlinienbewegung sei jener Abschnitt hier wiedergegeben, der die Formulierung für den beidseitigen Interessenausgleich enthält. Es wird für die Zeit nach der Abwertung eine langsame Erhöhung der Preise und Löhne angestrebt, um die unheilvolle Aufwertung der Schulden einigermaßen zu korrigieren, und dann heißt es:

> »Es dürfen aber weder die Preise einseitig auf Kosten der Lohneinkommen noch die Löhne auf Kosten der Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbenden gesteigert werden; denn eine Verminderung der Kaufkraft des einen wie des andern Volksteils würde zu einer weitern Schrumpfung der Produktion statt zu ihrer Ausweitung führen.«

Auch die übrigen Forderungen des Richtlinienprogramms sind so formuliert, daß Arbeiter *und* Bauern sie unterstützen können. Es haben sich denn auch neben den Gewerkschaften ausgesprochen bäuerliche Organisationen der Richtlinienbewegung angeschlossen, wie die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern), die Schaffhauser Bauernpartei und die Bündner Demokraten.

Die Milchpreisfrage.

Das Zusammengehen von Arbeitern und Bauern hat in kurzer Zeit verschiedene bedeutende Erfolge gezeitigt. Ohne diese Annäherung wären wahrscheinlich die Fortschritte in der eidgenössischen Krisenpolitik (insbesondere Arbeitsbeschaffung) nicht möglich gewesen. Ohne sie wäre wohl auch die Abkehr von den autoritären Regierungsformen (dringliche Bundesbeschlüsse) nicht erreicht worden.

Die Bauern selbst haben der gemeinsamen Aktion vor allem die *Erhöhung des Milchpreises* nach der Abwertung zu verdanken. Es war die »Neue Zürcher Zeitung«, die schrieb, daß der Bundesrat das Begehren der Landwirtschaft um Milchpreiserhöhung nicht mehr ablehnen konnte, als auch die Gewerkschaften sich dafür einsetzten. Doch gerade die Weiterbehandlung dieses Problems hat bewiesen, daß die gemeinsame Politik noch nicht genügend stark entwickelt ist, um jeder Belastung standzuhalten. Zwar blieb die gemeinsame Front beisammen, als im Herbst 1938 der Bundesrat mit den Milchverbänden und der Parlamentsmehrheit den Milchpreis für die Produzenten herabsetzte und den Konsumenten gleichzeitig einen neuen Aufschlag auflud. Doch als die Bauern selbst im Frühjahr 1939 die Wiedererhöhung des Produzentenpreises forderten und die bürgerlichen Vertreter zum Teil zustimmten, um sich die Bauernstimmen für die Nationalratswahlen zu sichern, da hat ein großer Teil unserer Fraktionen den Bundesrat unterstützt, wodurch die Angelegenheit verschoben und dann durch einen Kompromißantrag vorläufig erledigt wurde. Ich weiß, daß die Frage des Konsumentenschutzes dabei eine Rolle spielte. Aber bedauerlich scheint mir das Abweichen von der früheren Haltung auf alle Fälle. Denn nichts schadet mehr als inkonsequente Haltung.

Doch es würde zu weit führen, hier die Milchpreisfrage eingehend zu erörtern. Wichtig ist vor allem unsere grundsätzliche Einstellung zum Problem Arbeiter und Bauer. Bei der Frage, wie weit die Unterstützung der bäuerlichen Begehren durch die Arbeiterschaft und umgekehrt gehen kann, müssen meines Erachtens die Gesichtspunkte der *Gerechtigkeit* und der *wirtschaftlichen Tragfähigkeit* den Ausschlag geben.

Gerechter Interessenausgleich.

Einen Maßstab, um zu beurteilen, bei welchen Preisen und Löhnen eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens unter Bauern und Arbeiterschaft vorliege, gibt es nicht. Man kann höchstens die allgemeine Entwicklung des Preisniveaus landwirtschaftlicher Produkte und der Arbeitslöhne verfolgen. Dabei muß auf einen Durchschnitt abgestellt werden, denn besonders bei den Löhnen gibt es große Unterschiede.

Unbestreitbar scheint mir, daß der Rückgang der landwirtschaftlichen Preise in der hinter uns liegenden Krise größer war als der Lohnabbau, abgesehen von einzelnen Zweigen der Exportindustrie. Der Preisabbau hat die Bauern doppelt schwer betroffen, da ihre Unkosten, insbesondere die Zinslasten, nicht oder nur wenig sanken. Nach der Abwertung sind allerdings die Preise stärker gestiegen als die Löhne. Den-

noch steht das Lohnniveau heute, im Vergleich zu 1929, günstiger da als das landwirtschaftliche Preisniveau, besonders wenn die Reallöhne in Betracht gezogen werden.

Nun darf man aber nicht Preise und Löhne ohne weiteres miteinander vergleichen, wie das in der »Schweizerischen Bauernzeitung« wiederholt geschehen ist. Denn seit einem Jahrzehnt ist die Produktivität der Landwirtschaft etwas gestiegen, das heißt, daß bei gleichen Preisen ein etwas höherer Ertrag erzielt wird. Doch auch bei Berücksichtigung dieses Faktors, auf den hier nicht näher eingetreten werden kann, scheint es mir, daß im Laufe der Krise eine *Verschiebung zuungunsten der Agrarpreise* stattgefunden hat. Unter der Voraussetzung, daß 1929 ein gerechter Ausgleich oder doch ein annehmbares Gleichgewicht bestanden habe, läßt sich somit eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommensverhältnisse rechtfertigen.

Das sind die Gründe, die die Richtlinienbewegung veranlaßt haben, sich nach der Abwertung für eine Erhöhung des Milchpreises einzusetzen. Sie haben nach meinem Dafürhalten auch heute noch Berechtigung.

Die wirtschaftliche Tragfähigkeit.

Selbstverständlich können weder Preise noch Löhne beliebig angesetzt werden, sondern es kommt auf die wirtschaftlichen Auswirkungen an. Das ethische Postulat nach dem Wünschbaren und Gerechten muß daher konfrontiert werden mit dem wirtschaftlich Tragbaren.

Die natürliche Grenze der Preis- und Lohnerhöhung liegt dort, wo der Absatz in Frage gestellt wird, sei es auf dem Inlandmarkt oder im Ausland. Da die schweizerische Milchproduktion größer ist als der inländische Konsum, und der Absatz im Ausland verlustbringend ist, muß eine Erhöhung des Milchpreises so vorgenommen werden, daß *kein Konsumrückgang* erfolgt. Deshalb setzten sich Arbeiter und Bauern in der Richtlinienbewegung dafür ein, daß die Preiserhöhung vorerst die Konsumenten nicht treffen solle, und daß hernach die Arbeitsverdienste stufenweise mit der wirtschaftlichen Besserung verbessert werden, um die Aufnahmefähigkeit für die landwirtschaftlichen Produkte zu einem gerechten Preise herzustellen.

Die Bundesbehörden haben sich gegen diese Politik gesperrt mit dem Einwand, eine Erhöhung der Lebenskosten und der Löhne würde die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz auf dem Weltmarkte beeinträchtigen. Man halte sich vor Augen, daß die verlangten Korrekturen etwa 1 Prozent der Lebenskosten ausmachen. Da der Lohnanteil nicht mehr als 50 bis 60 Prozent ausmacht, so würden also die industriellen Produktionskosten dadurch um ein halbes Prozent erhöht. Es wird niemand im Ernste glauben, daß das unsere Industrie wettbewerbsunfähig machen würde, nachdem der Bundesrat durch seine falsche Währungspolitik neuerdings das Kostenniveau der Schweiz um 5 Prozent erhöht hat gegenüber einem großen Teil der Weltwirtschaft, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit vernichtet worden wäre. (Die Schweiz konnte nämlich die Kurssenkung der Währungen, die im Herbst 1398 in Großbritannien, Skandinavien, in den Niederlanden, den britischen Kolonien usw. er-

folgte, nicht mitmachen, da nach der Abwertung von 1936 entgegen unseren dringenden Mahnungen ein neuer Goldkurs festgelegt worden ist für den Schweizerfranken.)

Schlußfolgerungen.

Um unsere Freiheit zu schützen und unsere demokratischen Rechte zu verteidigen gegen die Gefahren von innen und außen, aber auch um eine gesunde soziale Entwicklung zu sichern, ist eine Zusammenarbeit von Arbeiterschaft und Bauerntum in der Schweiz unentbehrlich. Sie muß sich gründen auf eine ehrliche Verständigung, die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der beiden Volksteile gerecht und im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt. Grundlage und Rahmen der Verständigung sind das Richtlinienprogramm, auf dem sich eine vom gleichen Geiste erfüllte Politik aufbauen muß.

Arbeiter und Bauern haben ihre besonderen Wirtschaftsverbände. Sie haben auch besondere politische Organisationen. Das scheint mir nicht zweckmäßig zu sein. Wenn beide auch Leute aus dem andern Lager für sich zu gewinnen suchen, so ergibt sich ein Konkurrenzverhältnis, und Reibereien sind kaum zu umgehen. Eine Arbeitsteilung in der Organisation und in der Gewinnung der Stimmberechtigten scheint mir zweckmäßiger zu sein. Die Hauptsache ist, daß die beiden Gruppen sich nicht bekämpfen, sondern von Fall zu Fall zusammenarbeiten. Daß jene bäuerlichen Organisationen, die in einem Bürgerblock Politik gegen die Arbeiterbewegung und für das Großkapital machen, hierfür nicht in Frage kommen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Die Krise der Internationale

Von Robert Grimm.

I.

Abseits von dem historischen Weltgeschehen entwickelt sich innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Krise. Latent bestand sie schon seit Jahren, akut ist sie jetzt durch persönliche Akzente geworden. Ihr Ablauf wird dadurch verwirrt und erschwert.

Man kann sich fragen, ob es sich im gegenwärtigen Augenblick, da die Welt zwischen Krieg und Frieden zittert, lohne, von dieser Krise zu reden. Aber wir wissen, wie rasch heute die Verhältnisse ändern. Die Ereignisse überstürzen sich, eine Überraschung löst die andere in raschem Tempo ab. Mag dabei die gegenwärtige Weltspannung in einen Krieg ausmünden oder den sogenannten Frieden bewahren, eine Lösung der ungeheuren Probleme ist es weder im einen noch im andern Fall.

Das Trauerspiel, das jetzt die Welt bietet, ist mehr als nur ein Spiel der Diplomatie, etwas ganz anderes als eine bloße ideologische Auseinandersetzung zwischen den Demokratien und den Diktaturen. Im Grunde genommen handelt es sich um eine der gewaltigsten sozialen Umwälzungen, die die Menschheitsgeschichte kennt. Die Ursachen, auf